

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Jahres- und Fingerringzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.
Zuschuss bei Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Osterröschland 3.50. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3456.
Sprechstunde nur wochentags von 19 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 171.

Dresden, Donnerstag den 27. Juli 1911.

22. Jahrg.

Das Proletariat und die Wohnungsfrage.

Von einem im Baugewerkschaftswesen praktisch tätigen
Genossen geht uns folgende Zuschrift zu:

Wir müssen uns unbedingt an allen Orten
noch viel mehr regen und alle Glieder der einen
Seite der heute vielfachen Angriffen aus-
gesetzten privaten Bodenwirtschaft bereinigen,
um in Gemeinschaft mit den verwandten
Organisationen des Haus- und Grundbesitzes
und des Baugewerbes immer weitere Kreise für
unsere Bestrebungen zu gewinnen.

So äußert sich der Verband der Terrain-Inter-
essenten Deutschlands im Anschluß an die Ver-
einbarung in seinem Organ über agitatorische Kleinarbeit,
speziell in Sachsen. In Dresden, Chemnitz und
Leipzig habe die energische Werbetätigkeit das Resultat ge-
bracht, daß die größeren Terrain- und Bauphilantropen, die
Boden- und Häuserhändler nahezu vollständig dem Verbande
der Terrain-Interessenten Deutschlands beigetreten sind. Die
Werbetätigkeit soll sich jetzt auch auf die übrigen größeren
Orte Sachsen erstrecken.

Die Terrainphilantropen wissen besser als die Opfer des
gemeinlichlichen Grund- und Bodenhandels den Wert der Be-
einflussung der Öffentlichkeit durch starke Organisationen zu
schätzen. Die große Masse der Nichtbodenbesitzer, das Heer der
Wohnungslosen, aber muß sich weiter ausbreiten lassen.
Wohl erheben seit Jahrzehnten Sozialpolitiker, sozia-
listische Abgeordnete in den Parlamenten und Rathhäusern, und
allen voran die sozialistische Presse Protest gegen die weitere
unbegrenzte Ausbreitung des Wohnbodens des Volkes an
die privatkapitalistische Spekulation. Aber die Regierungen
und die bürgerlichen Parlamentsmehrheiten als die Sach-
walter der kapitalistischen Interessen hören nicht darauf; sie
stellen sich auch nicht gegen die Stimmen derjenigen Warner,
die vom „nationalen“ Standpunkt aus, im Interesse des Vater-
landes und der Erhaltung seiner Wehrfähigkeit, ein Eingreifen
in die „private Bodenwirtschaft“ dringend verlangen. Nach
was die Entlastung!

Und das Wohnungsproblem greift weiter um sich. Er-
schwerende Berichte kommen aus den verschiedenen Industrie-
orten Sachsens. Zu dem allgemeinen Wohnungsproblem,
das erst die sozialistische Gesellschaftsordnung gänzlich zu be-
seitigen vermag, kommt da und dort eine große lokale Wohn-
ungsnot. Die Masse der auf Mietwohnungen Angelegenen ist
im Haus und Hofraum dem spezialisierten Vermietungsgewerbe
ausgeschlossen. Tiefe Empörung ergreift die davon am empfind-
lichsten Betroffenen, die Klassen der Armen, die bisher schon
kaum imstande waren, die zu ihrem Einkommen in keinem
Verhältnis stehende Miete aufzubringen. Kinderreiche Familien
vermögen teilweise eine Wohnung überhaupt nicht mehr aufzu-
treiben!

Sind das Zustände, deren Beseitigung nicht im Bereiche
der Möglichkeit liegt? Handelt es sich dabei um Naturgesetze,
deren eigene Fundamente durch keine Macht der Welt ins
Wanken gebracht werden könnten? — Gewiß! Ein einziges
gutes Gesetz könnte in kurzer Zeit Grundstücken des
Baugewerbes in gutem Willen wären auch die Gemeindeg-
lieder in a l t u n g e n imstande, die akute Wohnungsnot und ihre
Ursachen dauernd zu beseitigen!

Woh nicht von alledem ist in absehbarer Zeit zu er-
warten. Keine grundlegende Hilfe vom Reichstag, vom Land-
tag und von keiner Gemeindeverwaltung!

Soll das Proletariat nun weiter mit geballter Faust
dieser Unmöglichkeit der öffentlichen Organe auf dem außerordent-
lich gefährlichen Gebiet der Boden- und Wohnungs-
politik zusehen? Können wir es vor der Geschichte der Emanzi-
pation des Proletariats herantreiben, daß wir einen großen
Teil unserer Kämpfer im Wohnungssektor verkrüppeln lassen
und sie dadurch in dem großen Vorkampfe des Prole-
tariats unbenutzt aus den Reihen der aktiven Streiter aus-
schleusen? Können wir diese Verantwortung weiter tragen,
wenn wir die Klassen in einer Eindringlichkeit und
Schärfe vor Augen führt, welche schwere Folgen Wohnungsnot und
Mangel, nämlich ausbleiben durch Untergrabung seiner körper-
lichen und geistigen Gesundheit, durch Abstumpfung seines
Bewußtseins, durch Züchtung seiner Energie und Aus-
belebungsseins ganz dem Alkohol überlassen? Können
wir an dem bestehenden Zustand nichts ändern?

Die Wohnungsfrage wird in Ursache und
Wirkung erst mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gän-
zlich beseitigt werden, wie auch das Endziel der Arbeiter-
bewegung erst durch Ermöglichung der vollständigen Arbeit-
losigkeit wird. Aber der Weg zum Endziel ist Arbeit, ist Kampf!
Nur von Stufe zu Stufe suchen wir durch gut organisierte
Klassen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Vorteil um
Vorteil zu erringen. Und das muß auch auf dem speziellen
Gebiet der Wohnungsfrage unser Streben werden!

Das Proletariat hat sich in seinem gewerkschaftlichen
Kampfe nie auf Staatshilfe verlassen, das Proletariat hat als
Kämpfer nur Selbsthilfe geübt, das Prole-

tariat braucht sich auch nicht ohne Gegenwehr den Boden-
spekulanten und spezialisierten Wohnungsbauern auszu-
liefern noch ist es gezwungen, die salbenbürgerliche Wohl-
tätigkeit im Anspruch zu nehmen! Ständig auf die eigene
Kraft wird es in der Lage sein, wenigstens der akuten
Wohnungsnot auf den Leib zu rücken durch großartig
organisierte Selbsthilfe! Und wenn es nur ge-
lingen sollte, an den einzelnen Orten auf den Wohnungsmarkt
prekäre regulierend einzuwirken, so ist damit schon etwas
erreicht. Unterlassen wir dann ferner nicht, die Öffentlichkeit
auf die Unhaltbarkeit der heutigen schrankenlosen privaten
Bodenwirtschaft fortgesetzt hinzuweisen und zu zeigen wie
die öffentlichen Organe, sich durch unsere praktische Tätigkeit,
die der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben kann, immer
wieder und wieder ständig mit der Wohnungsfrage zu
beschäftigen, dann kommt der Stein ins Rollen und die Re-
gierungen werden ihr bisher auf Wohnungs-Kongressen zum
Ausdruck gebrachtes „Wohlvollen“ zur Tat werden lassen
müssen und die herrschenden Parteien werden nach und nach
sich der Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes schon aus
materiellen Gründen nicht mehr entgegenstellen können.

Jedenfalls aber muß zuerst die Forderung und die
spätere gänzliche Beseitigung des Wohnungsseins das Werk
der Arbeiterklasse selbst sein.

Abichtlich daneben geschossen.

Report, 12. Juli.

O. M. Je näher die Präsidentenwahl herantreibt, um so
tätiger werden die Bundesbehörden in der Verfolgung der
Kritik auf Grund des auf dem Boden kleinbürgerlicher An-
schauungen erwachsenen, nach Sherman benannten Antitrust-
gesetzes. Der Eifer der Anklagebehörden und Gerichte ist um
so beachtlicher, als sie in der Rolle republikanisch gefärbt und
geleitete Protektoren der eubürgerlichen Korporationen sind. Vor
jeder Präsidentenwahl wiederholt sich das selbe Schauspiel.
Nur fängt es dieses Mal früher an als gemeinhin und wird
in viel größerem Maßstabe aufgeführt. Begreiflicherweise!
Die Administration des Präsidenten Taft macht bezweifellose
Anstrengungen, das Wohlgefallen an die republikanischen Fahnen
zu fesseln und im Herbst 1912 die nach dem Ausweise der
letzjährigen Wahlen unerkennbar starke oppositionelle
Stromung zu überwinden.

Allenthalben sind Trustuntersuchungen im Gange. Mit
dem Budertrust und seinem Geschäftsgebaren befaßt sich eine
Kommission des Repräsentantenhauses; in eine Untersuchung
über das Treiben der Cytheregesellschaften trat kürzlich die
zwischenstaatliche Handelskommission ein; der Petroleum-, der
Tabak- und der Pulvertrust wurden durch richterliche Urteile
aufgelöst; gegen den Zeitdruckertrust wurde ein zivilrecht-
liches Auflösungsverfahren eingeleitet, 14 leitende Personen
des Holztrusts wurden in Anklagezustand versetzt.

Ständele, darunter viele alte, werden ans Tageslicht
gegraben oder wieder in Erinnerung gebracht und in den
Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Viel wird gesprochen und
geschrieben über die Gefängnisstrafen, die „zweifelhafte“ über
die Industrielokale der Trusts verhängt werden. Und mit
Wahagen liegt der harmlose, leichtgläubige Wähler, wie schon
in einer nahen Zukunft allen Trusts und aller Leuerung ein
Ende bereitet wird. Keine Weibung wurde aber mit höherer
Bestrafung benommen als die ungenügende Nachsicht von
der staatsrechtlichen Verfolgung des Stahltrusts. Das fragliche
Verfahren hat übrigens mit der seit drei Jahren von dem
Bundes-Korporationsbureau geführten Stahltrustuntersuchung
nichts zu tun.

Die Großgeschworenen (Geschworenensbank, die Anklagen
erhebt) der Kriminalabteilung des hiesigen Bundesgerichts
haben sich in den verflochtenen Monaten mit dem Stahltrust
beschäftigt und schließlich auf Grund des Ergebnisses der an-
gehenden Untersuchung eine lange Reihe von Anklagen er-
hoben, deren sich aber keine einzige gegen den Stahltrust im
allgemeinen richtet. In Anklagezustand versetzt wurden 88
Personen, die in dem seit Jahren bestehenden „Waldrath-
Pool“ (Kartell) tätig oder finanziell interessiert sind. Diejenige
Kartell gehören nur zwei Tochtergesellschaften der United
States Steel Corporation (Stahltrust) an, nämlich die
American Steel and Wire Co. und die Trenton Iron Works.
An und für sich hat das Kartell eine viel größere Ausdehnung:
es umfaßt nicht nur Werke, die Stahl- und Eisenwalzdraht,
Hufeisen und Eisennägel erzeugen, sondern auch solche, die
sich mit der Produktion von Kupferdraht befassen und mit dem
Stahltrust in feiner unmittelbaren Verbindung stehen.

Dabei sind diejenigen auf dem Wege, die in den
gegen Angestellte und Interessenten des „Tracht-Pools“ ge-
richteten Anklagen einen Schlag gegen den Stahltrust erbilden.
Bvor befindet sich unter den „Parade“-Angeschlagen neben
Frank Gould, dem übermächtigsten und unbedeutendsten der
genaukürstern Nachkommen Jah Goulds, auch des ungeschönten
Raffers J. B. Morgan Schwelgerohn Herbert D. Sattler.
Aber Sattler wurde nicht wegen seiner Beziehungen zum
Stahltrust, sondern nur in seiner Eigenschaft als Direktor der
Haberstraw Wire Co. und Gould nur als Mitglied des Auf-
sichtsrats der Dominion Wire Co. angeklagt, um die sich der

Pariser Pflasterer niemals gekümmert hat, wenn man von
dem Einstreichen der Blübbenden und Lantienen absteht.
Unter den Angeklagten befinden sich auch höhere Betriebs-
beamte, Verkäufer und Buchhalter, die lediglich die Befehle
ihrer Vorgesetzten ausführten und vielleicht auf dem Altare
der Justitia geopfert werden, wenn überhaupt eine Ver-
urteilung erfolgt. Jedenfalls nehmen die Angeklagten ihre
Lage nicht weniger als tragisch. Am 5. Juli sollten sie vor
Gericht erscheinen und erklären, ob sie sich der ihnen zur Last
gelegten Straftaten schuldig bekennen oder nicht. Von allen
88 Angeklagten fand sich kein einziger ein. Am 10. Juli ent-
lich bequemen sich 33 der Angeklagten, nach dem Bundes-
gerichte zu kommen, um ihre Unschuld zu beteuern. Jeder von
ihnen wurde gegen die unter den obwaltenden Umständen
nominierte Bürgschaft von 1000 Dollar auf freien Fuß belassen.

Gegen den Stahltrust, nicht aber gegen das Drahtkartell
hätte die Grand Jury (Großgeschworenen) Anklage erheben
müssen, wenn sie der United States Steel Corporation zu
Leide rücken wollten. Aber daran dachten die Großgeschworenen
gar nicht. Sie wurden aus „zuverlässigen“ Kreisen aus-
gewählt und halfen der Regierung bei der Ausführung der auf
die Täuschung des Publikums berechneten Komödie.

Der Stahltrust ist vorläufig gegen die Verfolgung durch
die Gerichte gefeit. Edert H. Gary, der Vorsitzende des Ver-
waltungsrats des Stahltrusts, erklärte sich vor dem Re-
präsentantenhaus (zweite Kammer des Parlaments der Ver-
einigten Staaten) bestellten Untersuchungsausschuss bereit, Mit-
teilungen zu machen über die im Weißen Hause (Präsidenten-
palast zu Washington) abgehaltene Konferenz, bei der der
damalige Präsident und „Trustfeind“ Theodore Roosevelt
gewissermaßen die Erlaubnis gab zu dem Abschluß des durch
das Sherman-Gesetz verbotenen Kaufs der Mehrheit der
Aktien der Tennessee Coal and Iron Co. durch die United
States Steel Corporation. In Vertretung des Justizministers
Doniparte wohnte der Staatssekretär (Ministerpräsident) und
Minister des Innern Root der Konferenz bei. Die Solone
hatten nicht das Bedürfnis, die Bereitwilligkeit Garys aus-
zuüben. Material zum Vorgehen gegen den Stahltrust ent-
hält auch der von dem Bundes-Korporationskommissar Herbert
Anoy Smith jüngst veröffentlichte Bericht, der eine detaillierte
Darlegung der Verwässerung des Kapitals der United States
Steel Corporation enthält und den Nachweis führt, daß der
Stahltrust 1901 mit einem nominalen Aktienkapital von 1400
Millionen Dollar gegründet wurde, obwohl die Gesamtkapitalien
nur einen Wert von 682 Millionen Dollar darstellten. Auch
die am 7. Juni vor der Repräsentantenhauskommission er-
folgte Feststellung, daß die Pittsburg Coal and Iron Co.
sowie deren Tochtergesellschaft, die Monongahela Coal and
Gas Co., Kohlen unter dem Selbstkostenpreis an den Stahl-
trust lieferten, läßt eine Handhabe zum Einstreichen gegen
die United States Steel Corporation.

Aber weder dem Justizministerium noch den Gerichten
ist es darum zu tun, dem ungesetzlichen Treiben der Trusts
ein Ende zu bereiten: sie wollen lediglich Bestimmung
machen. Und ergeht einmal ein beurteilendes Erkenntnis,
so schadet es dem beurteilten Trust nichts. Die gerichtlich
aufgelöste Standard Oil Co. (Petroleumtrust) hat bereits
ihren Reorganisationsplan bekanntgegeben. Sie ist sich in
einzelne Gruppen ihrer Tochtergesellschaften auf; das ändert
nichts Wesentliches am bisherigen Zustande, solange die
Rodefeller, Flagler, Rogers usw. die Herrschaft über diese
Tochtergesellschaften ausüben. Denn die Rodefeller, Flagler,
Rogers usw. verstopfen den Petroleumtrust.

Deutsches Reich.

Kampf um den Profit.

In England will man den Bau von Ueberdreadnoughts
einhalten und dafür wieder zum Bau von Panzerschiffen von
18 000 bis 20 000 Tonnen zurückkehren. Als Ursache für diese
Veränderung wird angegeben, daß die schweren Geschütze, die
sich an Bord der Ueberdreadnoughts befinden, nicht voll aus-
genutzt werden können. Außerdem sei der Kostenpunkt aus-
schlaggebend gewesen sowie die Tatsache, daß der Verlust
einer solchen Schiffseinheit zu viel auf das Spiel stelle. Ferner
ist berichtet worden, daß die Ausnutzung dieser schweren
Geschütze zu gering sei und daß sie in verhältnismäßig kurzer
Zeit wieder aus dem Effektivbestande gestrichen werden müßten.
Bei dem Nachahmungsdrang, der unsere Marine be-
herrscht, fürchtet die Post, daß auch die in den nächsten Jahren
fertig zu stellenden Schiffe in kleinerem Umfang hergestellt
werden. Für die Steuersahler wäre dies ein Vorteil, denn
die Zahl der Schiffe ist im Flottengesetz festgelegt, und es ist
natürlich klar, daß ein kleineres Schiff billiger zu stehen
kommt als wie ein großes. Die Interessen der Hintermänner
der Post liegen aber in der entgegengesetzten Richtung, denn
je größer die Schiffe gebaut werden, desto höher ist der Ge-
winn. Deshalb mahnt die Post:

„Wollen wir unsere Flotte auf der Höhe halten, so
haben wir nur den einen Weg, jede einzelne Kampfeinheit
so stark und gut wie möglich zu bauen. Wir hoffen und
erwarten auf das Bestimmteste, daß es der deutschen Marine-
verwaltung nicht im Traume einfallen wird, jemals dem